

Hungerblockade Erster Weltkrieg Westfalen Rheinland

Roerkohl, Anne

Hungerblockade und "Heimatfront". Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges. Studien zur Geschichte des Alltags, Bd. 10. Stuttgart 1991.

Das Buch widmet sich den mittelbaren Auswirkungen des Kriegs in Westfalen. Es bietet neben einem umfassenden Überblick über die Versorgungssituation auch statistisches Material in Tabellenform.

Roerkohl, Anne

Der Erste Weltkrieg in Westfalen

Lebensmittelmangel und Hunger an der "Heimatfront"

Münster, 1987

Einleitung

29.07.1914

"Rußland macht mobil! Ganz Dortmund ist in Aufregung; 's gibt Krieg!... In der Stadt eine ungeheure, erregte Menschenmenge, die besorgt die ausgehängten Telegramme umlagerte. Tausende und Abertausende wogen hin und her durch die Straßen, bis tief in die Nacht hinein."

30.07.1914

"Die furchtbare Stimmung hält auch am Donnerstag an."

31.07.1914

"Da bringt am Freitag nachmittag der Telegraph die Lösung der Spannung: Deutschland ist in den Kriegszustand versetzt."

01.08.1914

"Die ganze Nacht hindurch dauert die Kriegserregung an.... Jede neue Depesche wird am Westenhellweg durch Scheinwerfer auf einem Transparent kundgetan und mit vaterländischen Liedern und Hurra begrüßt.... Die Spannung ist unerträglich. Da endlich um 6 Uhr trifft die Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung ein. Es geht wie ein Aufatmen durch die Bevölkerung hindurch."

02.08.1914

In der ganzen Stadt große Militärlager, in denen die Reservisten sich stellen und nach der Untersuchung in Trupps zum Bahnhof geführt werden. Und dabei weicht eine Einigkeit und nationale Begeisterung.... Klare Entschlossenheit heiterer Mut und fester Wille zum Sieg glänzt aus allen Augen."

03.08.1914

"In der Nacht zum Montag zogen die Einberufenen fortgesetzt singend vorbei... Und so gingen all die fünf Mobilmachungstage hindurch, an denen die Einberufenen... unter Vormarsch einer Musikkapelle zu den Gestellungslokalen zogen..."

04.08.1914

"Welch freudigen Widerhall fand auch hier die ewig denkwürdige Reichstagssitzung vom 4. August die des Kaisers Wort in die Tat umsetzte. Ich kenne keine Partei mehr, ich kenne nur noch Deutsche."

05.08.1914

"Der vom Kaiser angeordnete allgemeine Kriegs-, Buß- und Betttag füllt die Kirchen der Stadt..."

06.08.1914

"Der letzte Mobilmachungstag geht zu Ende. Wieviel Abschiedsschmerz und Trennungswelt haben diese fünf Tage auch unserer Stadt gebracht." [\[1\]](#)

Dieser Situationsbericht während der Mobilmachung im Sommer 1914 ist ein Beispiel, mit welcher patriotischen Begeisterung viele Deutsche den Ausbruch des Ersten Weltkriegs begrüßten. Wie in Dortmund, der bevölkerungsreichsten Stadt der Provinz, zogen auch in anderen westfälischen Städten die Menschen in einen Krieg, dessen spätere Dimensionen für alle Beteiligten außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens standen. Seine Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, die sogenannte "Heimatfront", machten sich zuerst in der Verknappung der zur Verfügung stehenden Lebensmittel bemerkbar; später waren auch Brennmaterial, Kleidung und andere lebensnotwendige Güter immer seltener in ausreichendem Maße zu bekommen. Wo die Wirtschaft einer ganzen Nation auf die Erfordernisse eines Krieges umgestellt wurde, mußten zuerst die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zurücktreten.

Der Kriegsausbruch am 04.08.1914 traf besonders die größeren Städte der Provinz Westfalen hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung völlig unvorbereitet. Der Optimismus in den verantwortlichen Reichsministerien über die zu erwartende kurze Kriegsdauer verhinderte vorbeugende Versorgungsmaßnahmen, obgleich man dort mit einer Blockade gerechnet hatte. Hinzu kam, daß die Effizienz einer solchen Blockade unterschätzt wurde. Bereits im zweiten Kriegsjahr war der Einfluß Englands auf die neutralen Staaten Holland, Dänemark und Schweden, die als hauptsächlichste Handelspartner für die Mittelmächte Deutschland und Österreich in Frage kamen, so stark, daß die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus diesen Ländern drastisch zurückging.

Als nach der Marne-Schlacht im September 1914 der Vormarsch der deutschen Truppen zum Erliegen kam und in einen Stellungskrieg einmündete, setzte in den deutschen Regierungskreisen hinsichtlich der Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung allmählich ein Umdenken ein. Die ersten wirksamen staatlichen Maßnahmen erfolgten im Februar 1915 mit der Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides. Dies bedeutete den Beginn des "Kriegssozialismus", was einer "Durchstaatlichung" des bis dahin liberalen Wirtschaftssystems gleichkam. Da jedoch ein

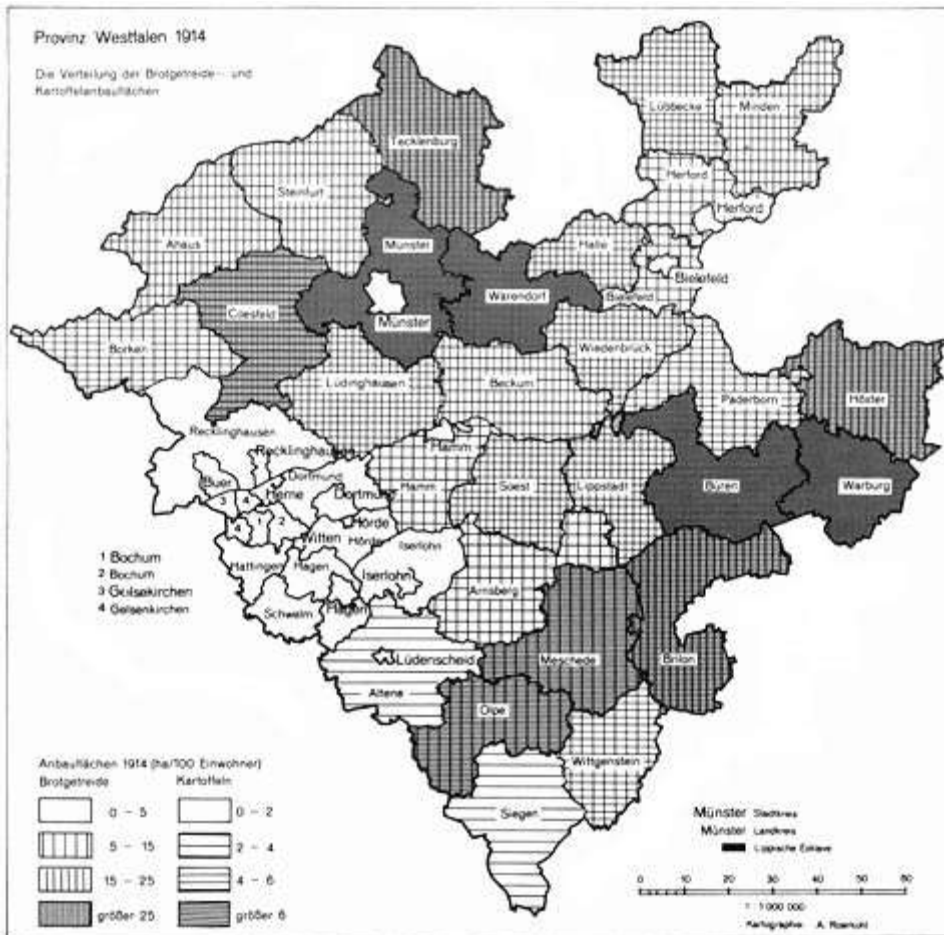
Gesamtkonzept fehlte, vollzog sich der Aufbau der Kriegswirtschaft im Bereich der Nahrungsmittelversorgung nur zögernd und willkürlich. Viele Maßnahmen kamen zu spät und nicht selten scheiterte ihre wirksame Durchführung an einer schwerfällig arbeitenden und immer aufgeblähter werdenden Bürokratie, die sich zwischen den Reichsministerien und der untersten Verwaltungsebene, den Städten und Landkreisen, bildete. So wurden in Westfalen während des Krieges besondere Landeszentralbehörden gegründet z.B. die Provinzialkartoffelstelle in Münster, die nach dem Plan der Reichsstellen die Organisation der Nahrungsmittelversorgung auf Provinzebene vornahm. Ihnen war ein Netz von Suborganisationen bis hinunter auf städtische Ebene angegliedert. Erst mit der Gründung des Kriegsernährungsamtes im Frühjahr 1916, einer Zentralstelle für alle Ernährungsfragen, wurde das Nebeneinander der vielen Einzelorganisationen beendet und die Nahrungsmittelbewirtschaftung auf eine Behörde konzentriert. Die Landkreise verfügten meist über landwirtschaftliche Produktionsgebiete, die den Bedarf der eigenen Bevölkerung deckten. Hierdurch war ein hoher Selbstversorgeranteil gegeben, und die zentrale Aufgabe bestand in der Erfassung und Ablieferung der über den eigenen Bedarf hinausgehenden Agrarerzeugnisse. Die Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte hingegen, deren Bevölkerung sich fast ausschließlich aus Konsumenten zusammensetzte, hatten die schwierige und undankbare Aufgabe, die im Laufe des Krieges immer knapper werdenden Nahrungsmittel möglichst gerecht zu verteilen.

[1] Fr. Spieker: Aus einem Dortmunder Kriegstagebuch. Selbsterlebtes während der ersten Monate des großen Krieges 1914 von Pfarrer Fr. Spieker, in: Jahrbuch für die evangelischen Gemeinden von Dortmund 1914, Dortmund 1914, S. 47-51.

[Seitenanfang](#) 

1. Die Agrarproduktion als Grundlage einer gesicherten Nahrungsmittelversorgung

Das völlige Fehlen vorbeugender wirtschaftlicher Maßnahmen für den Kriegsfall ist gerade vor dem Hintergrund einer wachsenden Importabhängigkeit an lebensnotwendigen Agrarprodukten seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts schwer verständlich. So konnten in Friedenszeiten im Deutschen Reich zwar ungefähr 90% des Getreidebedarfs und der gesamte Verbrauch an Kartoffeln und Rüben im Inland gedeckt werden, jedoch mußte über die Hälfte der milchwirtschaftlichen Erzeugnisse, 35% der Eier und der überwiegende Teil an Pflanzenfetten aus dem Ausland eingeführt werden. Hinzu kam eine hohe Importrate bei Kraftfutter- und Düngemitteln, die das Leistungsniveau der deutschen Landwirtschaft sicherstellte und deren Verlust einer notwendigen Produktionssteigerung im Kriege enge Grenzen setzen sollte. Das Abschneiden vom Weltmarkt bedeutete für das Deutsche Reich einen Rückfall in die staatliche Eigenwirtschaft, und die Intensivierung der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung wurde zu einer Frage des Überlebens.



Die Verteilung der Brotgetreide- und Kartoffelanbauflächen

Die landwirtschaftliche Struktur der Provinz Westfalen wird in der Karte auf Seite 9 sichtbar. Dem Ruhrgebiet und den sich unmittelbar anschließenden Gebieten stehen stark agrarorientierte Regionen gegenüber mit Schwerpunkten im Münsterland sowie im Osten und Nordosten der Provinz. Bereits am Ende des 19. Jahrhunderts reichte die örtliche Nahversorgung für die Bevölkerung im industriellen Ballungsraum an der Ruhr nicht mehr aus, so daß das Ruhrgebiet abhängig wurde von Agrarimporten. Kartoffeln lieferten zum überwiegenden Teil das Nachbarland Holland und die preußischen Ostprovinzen; Brotgetreide, vor allem Weizen, wurde aus Amerika und Südrußland importiert. Demgegenüber konnte die Versorgung der größeren Städte im übrigen Westfalen, wie Münster, Bielefeld, Herford und die märkischen Städte Iserlohn und Lüdenscheid, zumeist durch die umliegende Landwirtschaft gesichert werden. Der Ausfall der traditionellen Versorgungswege nach Kriegsausbruch stellte die deutsche Agrarwirtschaft vor das Problem, eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung besonders in den Großstädten und Industriezentren zu garantieren. Die Nahrungsmittelbelieferung des Ruhrgebiets mußte nun allein durch die Agrarüberschußprovinzen im Osten des Reiches erfolgen. Jedoch zeigte sich im Verlauf des Krieges immer deutlicher, daß die Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft zur Versorgung der eigenen Bevölkerung nicht ausreichten. Durch den Mangel an Futtermitteln und Düngestoffen, das Fehlen notwendiger Arbeitskräfte und durch weitere kriegsbedingte Einschränkungen sank das Produktionsniveau erheblich. So fielen in Westfalen bei allen Feldfrüchten die Hektarerträge (Bild 1 [Medien](#)). Der stärkste Rückgang war hier bei der Kartoffel um fast 50% zu verzeichnen; aber auch bei Roggen und Weizen reduzierten sich die Ertragsmengen um fast ein Drittel. Dies bedeutete für die städtischen

Verbraucher, daß die ausgegebenen Rationen im gleichen Maße wie die Erträge der Kriegsernten sanken. Neben den Feldfrüchten gingen auch die Viehbestände zurück. Da die Landwirte aus Mangel an Futtermitteln trotz strenger Verbote weiterhin Kartoffeln und Brotgetreide verfütterten, verordnete man von staatlicher Seite im Frühjahr 1915 eine drastische Abschachtung der Schweinebestände. Es kam zum berühmt-berüchtigten "Schweinemord", der verheerende Folgen für die Fleisch- und Fettversorgung der folgenden Kriegsjahre haben sollte. In Westfalen sanken die Schweinebestände während dieser Periode um ein Drittel.

Eine Intensivierung und Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion sollte zuerst durch die Kultivierung von Ödland und sonstiger brachliegender Flächen erreicht werden. Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, neue Arten von Feldfrüchten, wie z.B. Raps und Mohn anzubauen, um hierdurch dem Mangel an pflanzlichen Ölen zu begegnen. Eine Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche war allerdings nur im ersten Kriegsjahr möglich. Danach sank, bedingt durch den Ausfall notwendiger Düngemittel und das Fehlen von Arbeitskräften, der Anteil der bewirtschafteten Ländereien ebenso wie die gewonnenen Ernteerträge. Einzelne westfälische Städte versuchten in ihrem Stadtgebiet verstärkt Gemüseanbau zu betreiben. In Münster wurde so das Gebiet der Rieselfelder bewirtschaftet. Als Arbeitskräfte boten sich arbeitslose Frauen und ältere Schüler an. Andere Städte, wie z.B. Dortmund, erweiterten die kommunale Viehhaltung, um hierdurch wenigstens eine gesicherte Milchbelieferung an schwangere Frauen und Kleinkinder sicherstellen zu können.

Besonders der Fettmangel bildete im Laufe des Krieges ein immer gravierender werdendes Problem. Aus diesem Grund setzte eine rege Sammeltätigkeit der Schulkinder ein. Obstkerne, Bucheckern und andere ölhaltige Waldfrüchte wurden zur Öl- und Fettgewinnung benötigt (Bild 2 [Medien](#)). Jedoch hatten diese Aktionen nur wenig Erfolg, es war in Anbetracht der gewaltigen Knappheit nicht mehr als ein "Tropfen auf den heißen Stein". In den letzten Kriegsjahren konnte an die städtische Bevölkerung oft kaum eine Fettration von 50 g wöchentlich ausgegeben werden, und dies bei einem Friedensverbrauch von über 200 g.

Die gezeigten Versuche einer Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung verliefen auf freiwilliger Basis. Ein Produktions- oder Anbauzwang unterblieb, da die staatliche Ernährungswirtschaft keine Möglichkeit hatte, durch gezielte Maßnahmen in den Agrarsektor einzugreifen. Bei der Gründung des Kriegsernährungsamtes war der gesamte landwirtschaftliche Bereich ausgeklammert worden und blieb der Kompetenz der Heeresleitung und der regionalen Landwirtschaftskammern - für Westfalen die Kammer in Münster - unterstellt. Dies unterstreicht die Monopolstellung der Landwirtschaft, wodurch sich auch der traditionelle Stadt-Land-Gegensatz wieder verstärken sollte. Da man schlecht "unter jede Kuh einen Gendarmen" setzen konnte, bestanden für die zuständigen Verwaltungsbehörden kaum wirksame Kontrollmöglichkeiten über die vorhandenen Produktionsmengen. Dies betraf vor allem die Schweinebestände. Schweinefleisch entwickelte sich zum begehrtesten Artikel des Schwarzen Marktes. Die Einhaltung der festgesetzten Ablieferungskontingente sollte allein durch Preisanreize erreicht werden. Die Nahrungsmittelrationen der ländlichen Selbstversorger lagen während des gesamten Krieges über denen der "versorgungsberechtigten" Bevölkerung. Gleichzeitig war ihre Versorgung besser abgesichert, da die von ihnen benötigten Lebensmittel sofort von den Liefermengen abgezogen werden konnten, während die städtischen Verbraucher völlig von der unregelmäßigen zentralen Zuteilung abhängig waren.

Der Sommer 1916 bildete den Wendepunkt innerhalb des Kriegsernährungssystems. Obwohl bis zu diesem Zeitpunkt fast alle wichtigen Nahrungsmittel zentral durch staatliche Stellen bewirtschaftet wurden - auf den städtischen Märkten gab es als "freie" Waren fast nur noch Obst und Gemüse zu kaufen - konnte insgesamt ein Rückgang des Versorgungsniveaus nicht verhindert werden.

Im Herbst 1916 setzte das sogenannte "Hindenburgprogramm" ein, durch das eine gewaltige Steigerung der Rüstungsproduktion, deren Hauptstandort das rheinisch-westfälische Industriegebiet bildete, erreicht werden sollte. Dies hatte auch Auswirkungen auf den Ernährungssektor, denn eine Steigerung der Kriegsproduktion war nur möglich, wenn es gelang, die Rüstungsarbeiter trotz der schlechten Versorgungslage ausreichend zu ernähren. Die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten erhielten auf Grund ihrer erhöhten Arbeitsleistung Zulagen in Form von Nahrungsmittelrationen. Um sie gewährleisten zu können, wandten sich die Regierung und führende Militäranghörige in immer neuen Appellen an die ländlichen Erzeuger, ihrer vaterländischen Pflicht ebenso nachzukommen wie die Soldaten an der Front und die Arbeiter in den Munitionsfabriken und Bergwerken (Bild 3 [Medien](#)). In einem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wurde die Landwirtschaft offiziell zum kriegswichtigen Sektor erklärt.

Aber auch die wiederholten Aufrufe und Mahnungen an das Verantwortungsgefühl der Landwirte konnten die Hungersnot im "Kohlrübenwinter" 1916/17 nicht verhindern. Die Ursache für diese Versorgungskrise lag in der durch Krankheitsbefall verringerten Kartoffelernte. In Westfalen sanken die Ernteerträge von 17.000 auf 6.000 t, so daß immer mehr Menschen in dieser Region auf die Lieferungen aus den Ostprovinzen angewiesen waren. Bedingt durch die Witterungsverhältnisse - der Winter 1916/17 war der kälteste während des ganzen Krieges - waren die Transportmöglichkeiten durch die Bahn stark eingeschränkt, so daß die Bevölkerung des Ruhrgebiets und weiterer Städte Westfalens wochenlang ohne Kartoffeln auskommen mußte. Als Ersatz wurden die berüchtigten Kohlrüben verteilt. Auch in den folgenden beiden Kriegsjahren war allgemein ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion festzustellen. Mit ihr sank auch in gleichem Maße das Versorgungsniveau in den Städten.

2. Die Kriegswirtschaft und ihre Folgen für die städtische Versorgung

Parallel zur militärischen Mobilmachung erfolgten Ende Juli, Anfang August 1914 in großem Umfang Lebensmitteleinkäufe der Reichs- und Militärbehörden. Auch größere Kommunalverwaltungen versuchten sich mit den nötigen Nahrungsmitteln einzudecken. Dabei standen die noch vorhandenen Auslandswaren, wie Reis und Weizen, im Mittelpunkt des Interesses. Hauptumschlagplätze waren die Häfen in Rotterdam, Duisburg und Bremen. Zusätzlich überschwemmten verschiedene Einkäufer die ländlichen Regionen Westfalens, um die eingebrachte Getreideernte aufzukaufen.

Da die Bahn in den ersten Augustwochen fast ausschließlich zu militärischen Zwecken benutzt wurde, kam es im Bereich der zivilen Versorgung zu Schwierigkeiten, die in erster Linie die größeren Städte des Industriebezirks trafen. Sie waren von jeher auf eine tägliche Nahrungsmittelzufuhr angewiesen. Diese versuchten nun ihrerseits verstärkt Vorräte anzulegen, um gegen eventuelle Versorgungsengpässe gewappnet zu sein. Der verstärkte Bedarf kommunaler und militärischer Stellen führte vielerorts zu Preisspekulationen (Bild 4 [Medien](#)). Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage verursachte eine zunehmende Teuerung auf dem gesamten Nahrungsmittelsektor.

In den Städten selbst setzten noch während der Mobilmachungsphase Panik-Hortungskäufe der privaten Verbraucher ein. Gekauft wurde alles, was sich irgendwie für längere Zeit lagern ließ: Reis, Hülsenfrüchte, Kaffee, Konserven u.ä. Die Folge war auch hier ein rasches Ansteigen der Kleinhandelspreise, das nur vorübergehend durch Höchstpreisfestsetzungen der örtlichen Behörden eingedämmt werden konnte. Nachdem aber die anfänglichen Transportschwierigkeiten überwunden waren, verloren diese lokalen Preisnormierungen ihren Sinn. Die Waren verschwanden vom Markt und tauchten in jenen Städten wieder auf, in denen die Preise am höchsten festgesetzt waren. Das Ruhrgebiet war zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu den anderen westfälischen Städten insofern benachteiligt, als hier im Interesse der Verbraucher niedrige Preise angeordnet waren.

Immer lauter wurden die Forderungen n der Öffentlichkeit nach einheitlichen Preisfestsetzungen für das ganze Reich. Anfang November 1914 erfolgten erste zentrale Höchstpreise für Brotgetreide. Bis Ende 1915 waren fast alle Nahrungsmittel in das staatliche Preissystem einbezogen. Trotzdem konnte die wachsende Teuerung, die mittlerweile sämtliche lebenswichtige Güter erfaßt hatte, hierdurch nicht aufgehalten werden (Bild 5 [Medien](#)).

Durch Preisfestsetzungen allein, ohne eine Bewirtschaftung des jeweiligen Lebensmittels, war eine ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise über einen längeren Zeitraum kaum aufrechtzuerhalten. Die Kritik an den unzureichenden Regierungsmaßnahmen stieg, und immer vehementer wurde von den Kommunen und den Verbraucherorganisationen eine Beschlagnahme der Agrarerzeugnisse und eine zentrale Zuteilung gefordert. Die ersten staatlichen Eingriffe betrafen die Brotversorgung.

Bereits im Oktober 1914 hatte man versucht die Getreidevorräte zu strecken, indem die Mühlen verpflichtet wurden, das Korn stärker auszumahlen, um so die absolute Mehlmenge zu vergrößern. Gleichzeitig durfte in den Bäckereien nur noch Weizenbrot mit einem bestimmten Anteil an Roggenmehl hergestellt werden. Ebenso bestand die Pflicht Kartoffeln bzw. Kartoffelprodukte zu einem bestimmten Teil mit zu verbacken und das Brot mit dem Buchstaben "K" zu kennzeichnen. So entstand das berühmte K-Brot das sowohl "Kartoffelbrot" als auch patriotisch "Kriegsbrot" genannt wurde. Diese neuen Backvorschriften bedeuteten einen tiefen Einschnitt in die bestehenden Konsumgewohnheiten. Durch die erhöhten Ausmahlvorschriften war die Qualität des Brotes stark herabgesetzt. Es dauerte einige Zeit bis das Publikum auf das beliebte Weißbrot verzichtete und, durch "vaterländische" Appelle unterstützt, das neue K-Brot akzeptierte.

Die Bewirtschaftung des Brotgetreides Ende Januar 1915 legte die Grundlage für die gesamte deutsche Kriegsernährungswirtschaft. Die vorhandenen Getreidemengen wurden am 01.02.1915 für die errichtete Kriegsgetreidegesellschaft beschlagnahmt und nach Abzug des Selbstversorgeranteils mußten die Produktionsgebiete die Überschüsse abliefern. Dies waren in Westfalen vor allem die Landkreise Münster, Soest Herford, Minden und Warendorf. Die Reichsgetreidegesellschaft setzte zentral den Bedarfsanteil der einzelnen Kommunalverbände fest, der nun überwiesen wurde. Nur die Städte Hamm und Herford bildeten in den ersten Kriegsjahren mit ihrem Landkreis einen Kommunalverband. Die übrigen kreisfreien Städte regelten ihre Versorgung selbständig. Die Brotversorgung galt lange Zeit als das Paradebeispiel deutscher Kriegswirtschaft Bei den übrigen Nahrungsmitteln mußten die Verbraucher noch über ein Jahr warten, bis auch diese in die öffentliche Bewirtschaftung einbezogen wurden.

Das anfängliche Zögern der Reichsregierung, die Zwangswirtschaft auf andere Waren auszudehnen, stellte auch die westfälischen Städte vor die Notwendigkeit die Versorgung ihrer Bevölkerung selbst in die Hand zu nehmen. Dabei entwickelte sich eine ausreichende Kartoffelzuteilung zum größten Problem. Bereits im ersten Kriegswinter kam es im Ruhrgebiet lokal zu Verknappungen. Aus diesem Grund richteten einzelne Kommunen Verkaufsstellen ein, die neben den weiterbestehenden Lebensmittelgeschäften besonders die Versorgung der Minderbemittelten übernahmen. Durch städtische Zuschüsse konnten die Preise zunächst niedrig gehalten und weitere Teuerungen wenigstens zum Teil vermieden werden.

Eine zusätzliche Aufgabe der städtischen Verkaufsstellen bestand in dem Weiterverkauf von Auslandswaren. Trotz der Blockade kamen immer noch vereinzelt Waren aus den neutralen Nachbarländern über die deutschen Grenzen. Diese wurden von der Zentralstelle in Berlin, der "Zentral-Einkaufs-Gesellschaft", beschlagnahmt und von dort nach bestimmten Verteilungsschlüsseln, an die einzelnen Provinzen und Bundesstaaten abgegeben. Seit Februar 1916 übernahm die Westfälische Lebensmittelversorgungsgesellschaft in Dortmund die weitere Unterverteilung an die Städte der Provinz.

Der freie Markt- und Handelsverkehr schränkte sich ein, je mehr die Städte selbst ihre kaufmännischen Aktivitäten ausdehnten. Besonders nach dem Ausbau der zentralen Bewirtschaftung im Frühjahr 1916 reduzierte sich der Aufgabenbereich der Kaufleute und Lebensmittelgeschäfte soweit, daß sie nur noch in städtischem Auftrag den Weiterverkauf von Waren vornehmen durften.

Die sich zuspitzende Versorgungslage, die Fehlschläge in der Preispolitik und die ungenügenden Verbrauchseinschränkungen in den Überschußgebieten erzwangen einen immer weiteren Ausbau des Kriegswirtschaftssystems. Nach dem Beispiel der Brotbewirtschaftung wurde u.a. die Versorgung von Fleisch (03.1916), Zucker (April 1916), Kartoffeln (05.1916) und Fett (07.1916) zentral geregelt und in Westfalen für die einzelnen Nahrungsmittelbereiche Provinziellstellen errichtet, die vornehmlich ihren Sitz in Münster hatten. Mit der Gründung des Kriegsernährungsamtes im Mai 1916 schuf man eine Zentralinstanz, mit der das Nebeneinander der einzelnen Reichsstellen beendet und eine Vereinheitlichung der immer komplizierter werdenden Versorgungsmaßnahmen erreicht werden sollte. Daneben wurde für Preußen im Februar 1917 ein "Preußischer Staatskommissar für Ernährung" eingesetzt.

Seit der Einführung der Zwangswirtschaft begleiteten Lebensmittelkarten den täglichen Einkauf. Als erste kam im Februar 1915 die Brotkarte, ihr folgten im Frühjahr 1916 Karten für die übrigen Nahrungsmittel (Bild 7 [Medien](#)). Das Kartensystem behielt auch noch längere Zeit nach Kriegsende seine Gültigkeit, da wegen der anhaltend schlechten Versorgungslage das Bewirtschaftungssystem nur stufenweise wieder abgebaut werden konnte. Am längsten hielt sich die Brotkarte; sie wurde zum letzten Mal im Oktober 1923 verteilt.

Aber auch ein noch so gut organisiertes Verteilungssystem konnte das Absinken des Versorgungsniveaus nicht verhindern. Dies machte sich zuerst in den größeren Städten des Industriebezirks bemerkbar, aber auch in den übrigen Kommunen Westfalens verringerten sich die Zuteilungsmengen seit Ende 1916 erheblich (Bild 8 [Medien](#)). Günstiger war die Ernährungssituation in den kleineren Landgemeinden, in denen eine bessere Nahversorgung durch die umliegende

Landwirtschaft bestand. Im Kohlrübenwinter 1916/17 entwickelte sich der ständig fühlbare Nahrungsmangel für viele Menschen Westfalens zur Hungersnot. Die als Ersatz verteilten Rüben konnten in keiner Weise die fehlenden Kartoffelmengen ersetzen. In jenem Winter gab es fast alles aus Kohlrüben: Kohlrübenkaffee, Kohlrübenmarmelade, Kohlrübendörngemüse; ja selbst Bier soll aus ihnen gebraut worden sein.

Erst mit der neuen Ernte verbesserte sich die Ernährungslage. Trotzdem blieb besonders der Fleisch- und Fettmangel für viele Stadtverwaltungen bis zum Kriegsende ein ungelöstes Problem. Aus ihrer Sicht lag der Fehler in den ungenügenden Abgabemengen der ländlichen Erzeuger, die viel lieber den gewinnträchtigeren Schwarzen Markt belieferten, als ihre Produkte an die hungernde Stadtbevölkerung zu Niedrigpreisen abzugeben.

3. Die Verringerung des Nahrungsmittelangebots und seine Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung

Für die städtische Bevölkerung machte sich der Lebensmittelmangel nur langsam bemerkbar. Die Ernte 1914 zeigte gute Ergebnisse und die Folgen der Blockade wirkten sich erst nach und nach aus. Der Optimismus der Regierungsvertreter hinsichtlich einer kurzen Kriegsdauer und die damit verbundene Sorglosigkeit in allen Ernährungsfragen hatte sich auch auf die Zivilbevölkerung übertragen. So waren die ersten Kriegswochen geprägt durch einen an Verschwendung grenzenden Überkonsum. Kaum jemand dachte daran, daß es einmal notwendig werden könnte, gewisse Ernährungsgewohnheiten aufzugeben und den Konsum insgesamt einzuschränken. Die einzige "Kriegsmaßnahme" der privaten Verbraucher bestand im Anlegen von Vorräten. Ansonsten bejubelte man die einberufenen Soldaten, verpflegte sie auf den Bahnstations und schickte Päckchen als Liebesgaben an die Front. Diese waren oft mit Nahrungsmitteln gefüllt, an denen bereits wenige Monate später Mangel herrschen sollte.

Im November 1914 erhoben sich die ersten warnenden Stimmen, daß die Vorräte an Brotgetreide vielleicht doch nicht bis zur neuen Ernte reichen würden. Durch Sparsamkeitsappelle an die Bevölkerung sollte der übermäßige Weißbrot- und Kuchenverzehr eingeschränkt werden. Merkblätter und Zeitungsartikel wiesen die Verbraucher auf eine zweckmäßige Ernährung während der Kriegszeit hin. Gleichzeitig wurde den Landwirten verboten, das für die menschliche Ernährung notwendige Getreide weiterhin an das Vieh zu verfüttern. Eine im Dezember 1914 durchgeführte Bestandsaufnahme über die Getreidevorräte bestätigte die schlimmsten Befürchtungen. Danach mußte die Brotversorgung drastisch eingeschränkt werden, falls die vorhandenen Mengen bis zum Sommer 1915 ausreichen sollten. Noch im selben Monat setzten die ersten staatlichen Versorgungsmaßnahmen mit weitreichenden Auswirkungen auf die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung ein.

Bis Kriegsausbruch wurde Brot überwiegend in den hellen, aus Weizenmehl hergestellten Sorten verlangt. Hieraus ergab sich für den Handel die Notwendigkeit, Weizen zu importieren und den im eigenen Land produzierten Roggen auszuführen. Durch die Blockade entfielen die Einfuhrmöglichkeiten, und man war gezwungen, mit den vorhandenen Getreidemengen auszukommen. Dies war in erster Linie Roggen, so daß dem Weizenmehl in Zukunft Roggenmehl beigemischt wurde.

Weitere Einschränkungen innerhalb der täglichen Ernährung erfolgten im Frühjahr 1915 durch die Einführung der Brotkarte. Anfang Februar wurde der maximale Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung offiziell auf 225 Gramm Mehl täglich festgesetzt. Bereits Mitte März mußte dieser Satz auf 200 Gramm reduziert werden. Erst mit der neuen Ernte erreichte die Brotration wieder die anfängliche Menge. Bis zum 01.02.1916 konnte dieser Tageskopfsatz gehalten werden; dann sank er wieder auf 200 Gramm. Bis Kriegsende blieb die Brotration Schwankungen unterworfen. Die Zeit im Frühjahr und Frühsommer, kurz vor der neuen Ernte stellte immer einen Tiefpunkt dar. Dies konnte auch mehrmals erhöhte Ausmahlquote nicht verhindern. Hierdurch wurde zwar eine Vermehrung der absoluten Mehlmenge erreicht, aber gleichzeitig verschlechterte sich durch das feinere Ausmahlen die Qualität: der Nährwertgehalt des Brotes war erheblich herabgesetzt.

Im Herbst 1915 ergriff die Regierung öffentliche Maßnahmen zur Senkung des Fleischverbrauchs; fleisch- und fettlose Tage wurden eingeführt. Eine spürbare Einschränkung des Fleischverzehr trat allerdings erst mit der Einführung der Fleischkarte im Frühjahr 1916 ein. Durch die Ausweitung der Rationierung verringerte sich gleichzeitig die Möglichkeit im Privathaushalt die tägliche Mahlzeit individuell zu gestalten. Als Ergänzung blieben wenige "freie" Nahrungsmittel übrig, wie etwa Obst, Gemüse, Pferde- und Kaninchenfleisch, Geflügel und Wild.

Angesichts dieser Situation griff ein großer Teil der Stadtbevölkerung zur Selbsthilfe und wandte sich verstärkt dem Kleingartenbau zu (Bild 8 [Medien](#)). Die Erzeugnisse des eigenen Gartens stellten eine wertvolle Bereicherung der kargen Kriegskost dar. In vielen Städten Westfalens schlossen sich die Kleingärtner aus organisatorischen Gründen zu Kolonien zusammen. Die Verpachtung brachliegender Ländereien wurde von den einzelnen Stadtverwaltungen, die die Bedeutung des Kleingartenwesens als zusätzliche Nahrungsquelle erkannten, sehr gefördert.

Aus ähnlichen Gründen nahm auch die private Nutztierhaltung in den Städten zu. Wegen des ständigen Fettmangels entwickelte sich besonders die Schweinehaltung in einem derartigen Umfang, daß die Behörden sich zum Eingreifen gezwungen sahen. Hausschlachtungen wurden genehmigungspflichtig und waren seit August 1916 nur noch erlaubt, wenn die Tiere mindestens sechs Wochen in der eigenen Wirtschaft gehalten worden waren. Da die wenigsten städtischen Haushalte die hierfür notwendigen Bedingungen erfüllten, fand man Mittel und Wege diese Bestimmungen zu umgehen. Um der Vorschrift formal zu genügen, gab man die Schweine gegen Bezahlung zu fremden Personen in "Pension". Eine andere Möglichkeit bestand darin, fette Schweine zu kaufen und sie unter ungenügenden Bedingungen als "Balkon-", "Keller-" oder "Salon-"Schweine durchzuhungern, um dann als Selbstversorger in den Genuß der doppelten Fleisch- und Fettration zu kommen. Da die privaten Hausschlachtungen in einem so erheblichen Maße zunahmen, mußte die Selbstversorgung mit Schweinefleisch drastisch eingeschränkt werden. Zusätzlich wurden in den Städten Kaninchen und in vielen Bergarbeiterfamilien auch Ziegen gehalten. Für die fehlende Milchzuteilung, die nur noch Kindern und schwangeren Frauen vorbehalten war, bildete Ziegenmilch einen wertvollen Ersatz.

"Ersatz" wurde während der Kriegszeit überhaupt zum allgemeinen Lösungswort für viele Ernährungsschwierigkeiten. Ersatzlebensmittel hatte es bereits in der Friedenszeit gegeben, jedoch nahm ihre Anzahl nach 1915 erheblich zu. In den wenigsten Fällen entsprach die Bezeichnung auf der Verpackung auch ihrem Inhalt. Um die Verbraucher zu schützen, wurden Surrogate genehmigungspflichtig. Bei Kriegsende gab es nicht weniger als 11.000 zugelassene

Ersatzlebensmittel, davon allein über 800 genehmigte "Ersatzwürste", deren Nährwert wohl meistens recht zweifelhaft war. Viele Lebensmittelgeschäfte dieser Zeit sah man fast nur noch mit "Ersatz" gefüllt. Die "Lebensmittelpolonaisen" vor den Geschäften waren ein weiteres Zeichen des wachsenden Mangels (Bild 9 [Medien](#)).

Im Kohlrübenwinter 1916/17 erreichte das städtische Versorgungsniveau seinen ersten Tiefpunkt. Innerhalb der städtischen Rationierung trat bei allen Nahrungsmitteln eine Verschlechterung ein, die sich von den größeren Städten und Industriebezirken immer weiter auch auf die übrigen westfälischen Städte ausdehnte. Fehlende Kartoffeln mußten überall durch Rüben ersetzt werden. Aber auch die Fleisch- und Fettzuteilung war völlig unzureichend, so daß die Zubereitung der täglichen Mahlzeit immer schwieriger wurde. Viele Menschen wandten sich deshalb der städtischen Massenspeisung zu (Bild 10 [Medien](#)). In den größeren Ruhrgebietsstädten waren öffentliche Kriegsküchen bereits 1915 eingerichtet worden. Seit dem Herbst 1916 bestanden in allen westfälischen Städten solche Einrichtungen, deren steigende Frequentierung die Notwendigkeit einer öffentlichen Essensausgabe widerspiegeln. Besonders in den ersten Monaten des Jahres 1917 hatte sich die Inanspruchnahme von Massenspeisungen erhöht. Das Essen bestand vorwiegend aus Suppen, deren Qualität oft zu Kritik Anlaß gab. Nur in Zeiten äußersten Nahrungsmittelmangels suchte die städtische Bevölkerung die Kriegsküchen auf. Sobald sich die Ernährungslage auch nur geringfügig verbesserte, wurde das Essen wieder überwiegend zu Hause zubereitet. Die einförmige Kriegskost konnte die private Mahlzeit nicht ersetzen.

Seit dem Winter 1916/1917 verschlechterte sich merklich der Gesundheitszustand der städtischen Bevölkerung. Das preußische Innenministerium veranlaßte Anfang 1917 ein Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen, in dem die Frage nach dem Einfluß der Kriegsernährung auf die Volksgesundheit gestellt wurde. Die Sachverständigen kamen zu dem Ergebnis, daß sich die staatliche Nahrungsmittelversorgung 1916/17 in den Städten und Industrieregionen nicht bewährt habe. Ohne Eigeninitiative hätte sich für die dortige Bevölkerung dieselbe Situation ergeben, wie sie in den Anstalten zu beobachten war, deren Insassen, ausschließlich von den offiziellen Rationen abhängig, aufgrund ihrer Unterernährung verstärkt bestimmten Krankheiten zum Opfer fielen. Es sei zu befürchten, daß bei einer Weiterführung des bestehenden Ernährungssystems die allgemeine Not erheblich ansteigen werde.

Diese Prophezeiung sollte sich im letzten Kriegsjahr bewahrheiten. Je weiter die offiziellen Rationen herabgesetzt wurden und sich hierdurch der Nahrungsspielraum für den einzelnen verringerte, desto mehr stieg der Umfang der illegalen Versorgung. Eine Alternative zum staatlichen Rationierungssystem bildete das Hamstern (Bild 11 [Medien](#)). Vor allem für die Menschen des Ruhrgebiets war dies eine bevorzugte Möglichkeit die mangelhafte Kriegsernährung zu ergänzen. In total überfüllten Hamsterzügen strömte die hungernde Industriebevölkerung am Wochenende in die ländlichen Gegenden Westfalens, um von den Bauern fehlende Nahrungsmittel aufzukaufen. Gleichzeitig stieg die Kriminalitätsrate. Einbrüche in Lebensmittelgeschäfte, Fälschungen von Lebensmittelkarten, aber auch Felddiebstähle nahmen mit steigender Not immer umfangreichere Formen an.

Daneben blühte das Schwarzmarktgeschäft. Es waren nicht nur Privatpersonen, die sich auf diesem Weg zusätzliche Nahrungsmittel besorgten. Auch Industriebetriebe und einzelne Stadtverwaltungen nutzten diese Möglichkeit, um den Rüstungsarbeitern eine bessere Ernährung zu garantieren. Vielen

Menschen blieb allerdings der Schleichhandel verschlossen, da sie nicht in der Lage waren, die dort geforderten Höchstpreise zu bezahlen. Sie spürten die Folgen des Krieges am härtesten. Das durchschnittliche Körpergewicht der städtischen Bevölkerung sank um rund 20%. Der Mangel an Eiweißstoffen in der Kriegsernährung war hierfür in erster Linie verantwortlich. Im dritten Kriegsjahr ging auch die Sterberate drastisch in die Höhe (Bild 12 [Medien](#)).

Durch die sinkende Kalorienzahl der Nahrung, die gleichzeitig an Nährstoffen immer einseitiger und ärmer wurde, ließ die menschliche Widerstandskraft gegen Krankheiten nach. 1918 grassierte eine Grippeepidemie in ganz Europa, der in allen Ländern besonders viele Zivilisten zum Opfer fielen. Die folgende Übersicht zeigt den Anstieg der Sterberate im Deutschen Reich:

Jahr	Sterbefälle Zivilbevölkerung (abs.) / im Verhältnis zu 1913 in v.H.
1915	88.235 / 9,5 %
1916	121.174 / 14,3 %
1917	259.627 / 32,2 %
1918	293.760 / 37,0 %
gesamt	762.796 [1]

Der Arzt und Mitarbeiter im Reichsgesundheitsamt, Max Rubner, beschrieb nach Kriegsende im Dezember 1918 die Auswirkungen des Krieges auf die Heimatfront mit folgenden Worten:

"Wohin man sieht traten uns also die Wirkungen der Blockade auf die Zivilbevölkerung entgegen: Tote, Kranke, Sieche. Wenn diese stillen Opfer auch in dem allgemeinen Sterben und in der allgemeinen Apathie ungezählt bleiben mögen, so hat doch auf die Massen kaum etwas verhärtender und erbitternder gewirkt, wie diese Nahrungsmittelnot und ihre Folgen." [\[2\]](#)

[\[1\]](#) Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1918, im Auftrage des Reichstages, 4. Reihe, Band 6, Berlin 1928, S. 398.

[\[2\]](#) Aus einer Erhebung M. Rubners für das Reichsgesundheitsamt vom 02.12.1918. Bundesarchiv Koblenz, Bestand Reichsgesundheitsamt, R 86 Nr. 3281.

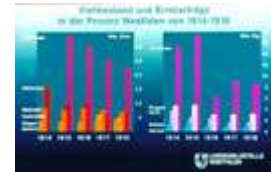
Roerkohl, Anne

Der Erste Weltkrieg in Westfalen

Lebensmittelmangel und Hunger an der "Heimatfront"

Münster, 1987

- 1 [Entwicklung der Ernteerträge und Viehbestände in Westfalen während des Ersten Weltkrieges 1914-1918](#)



- 2 ["... Sammelt Obstkerne zur Ölgewinnung!" Zeitgenössisches Plakat](#)



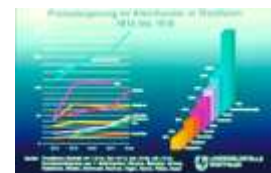
- 3 [Aufruf an die deutschen Landwirte und Landfrauen zur erhöhten Abgabe von Lebensmitteln, 18.11.1916](#)



- 4 [Der Wucher - "der fünfte apokalyptische Reiter". Zeitgenössische Darstellung auf der Titelseite der Zeitschrift "Die Muskete - Humoristische Wochenschrift", Wien, 22.04.1915, Bd. 20, Nr. 499](#)



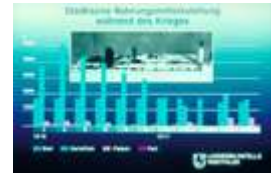
- 5 [Die Teuerung der wichtigsten Nahrungsmittel in Westfalen während des Ersten Weltkrieges 1914-1918](#)



- 6 ["Kartenwirtschaft": Ausgabe von Lebensmittelkarten in Lüdenscheid, 1917](#)



- 7 [Nahrungsmittelrationalisierung in westfälischen Städten 1916/1917](#),
Foto aus: [Eduard Schulte, Kriegschronik der Stadt Münster 1914-1918](#),
[Münster 1930](#)



- 8 ["Kalkulators beim Gartenbau": Zeitgenössische Karikatur aus: Simplizissimus, 22. Jg., Nr. 15, München 1917](#)



- 9 ["Einkaufspolonaisen in Münster": Menschenmenge vor einer Pferdemetzgerei in Münster, Februar 1918](#), Foto aus: [Eduard Schulte, Kriegschronik der Stadt Münster 1914-1918](#), [Münster 1930](#)



- 10 [Die städtische Kriegsküche in Münster, 1916-1918](#), Foto aus: [Eduard Schulte, Kriegschronik der Stadt Münster 1914-1918](#), [Münster 1930](#)



- 11 [Hamsternde Kinder im Münsterland](#), Foto aus: [Eduard Schulte, Kriegschronik der Stadt Münster 1914-1918](#), [Münster 1930](#)



- 12 [Die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung in Westfalen während des Ersten Weltkriegs 1914-1918](#)



Sie sind hier: >>[Dokumentation](#) >>[Texte](#) >>[Zeitabschnitte](#)

Zeitabschnitte > 1914-1918



Rainer Pöppinghege

Westfalen im Ersten Weltkrieg

- [1. Der Kriegsausbruch](#)

- [2. Das VII. Armeekorps - Belagerungszustand und Befehlsgewalt](#) |
 - [2.1 Die militärische Bedeutung Westfalens](#) |
 - [2.2 Militärische Einsätze an der Westfront](#) |
 - [2.3 Kriegsgefangenenlager in Westfalen](#)
- [3. Die Versorgungslage - Mit Selbstversorgung gegen den Nahrungsmangel](#)
- [4. Front und "Heimatfront"](#) |
 - [4.1 Propaganda und Durchhalteparolen](#) |
 - [4.2 Kriegsanleihen und -spenden](#) |
 - [4.3 Rollenwandel und Arbeitseinsätze](#) |
 - [4.4 Proteste, Streiks und Unruhen](#)
- [5. Kriegsende und Novemberrevolution 1918](#) |
 - [5.1 Die Rätebewegung bleibt gemäßigt](#)
- [6. Literatur](#) |
 - [6.1 Allgemeine Geschichte](#) |
 - [6.2 Westfälische Geschichte](#)

Einführungen: [◀1871-1914](#) |

[Überblick](#) |

[1919-1933 ▶](#)

Ereignisse [1900-1949](#) |

Quellen [1900-1949](#) |

Personen [1900-1949](#) |

Medien [1900-1949](#) |

1. Der Kriegsausbruch

Die sich wegen des Attentats auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo (28.06.1914) in Europa zuspitzende diplomatische Krise sorgte in der zweiten Julihälfte 1914 in Deutschland zwar für heftige Diskussionen, von einer unmittelbaren Kriegsgefahr war aber nicht die Rede. Das änderte sich in den letzten Julitagen, als vieles auf eine allgemeine Mobilmachung hindeutete. Die SPD veranstaltete zum Beispiel am Tag der österreichischen Kriegserklärung an Serbien (28.07.1914) in größeren Städten wie Bielefeld Friedensdemonstrationen mit Tausenden von Teilnehmern.

Am 30.07.1914 verkündete die russische Regierung die Mobilmachung, weshalb die einen Tag später vom Deutschen Reich angeordnete Gesamt-Mobilmachung als Verteidigungsmaßnahme ausgegeben

werden konnte. Viele Menschen stockten ihre Lebensmittelvorräte auf oder versuchten ihre Ersparnisse von der Bank zu holen, wie in Bielefeld und Bochum. Die eigentliche Mobilmachung begann am 2. August u.a. damit, dass wehrpflichtige Männer zu ihren militärischen Einheiten gerufen wurden. Durch Westfalen rollten die ersten Truppentransporte Richtung Westfront, während am 3. August im Münsterland die Aushebung von Pferden für das Heer einsetzte.

In Preußen meldeten sich in den ersten zehn Mobilmachungstagen ca. 200.000 Kriegsfreiwillige. Es handelte sich in der Regel um Gymnasiasten und Studenten, Arbeiter waren unterdurchschnittlich vertreten. Die Motive waren im Einzelfall verschieden, doch spielte sozialer Gruppendruck eine beträchtliche Rolle. In Hagen hatten sich bis zum fünften Mobilmachungstag 3.500 Kriegsfreiwillige gemeldet. Der Abzug der Truppen ins Feld wurde überall zu einem Aufsehen erregenden Ereignis. Frauen, Kinder und andere Zivilisten säumten die Straßen und teilten eine allgemeine Erregung, mitunter ein euphorisches Gefühl. Echte Kriegsbegeisterung scheint wohl nur in den größeren Städten und hier auch nur in bildungsbürgerlichen Kreisen aufgekommen zu sein. So entstanden spontan freiwillige Hilfsausschüsse zur Stärkung der Moral an der "Heimatfront" - auch sie waren von Teilen des Bürgertums initiiert worden. Im Ruhrgebiet dagegen wurden die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten recht bald deutlich. Durch die Umstellung der Betriebe auf die Kriegsproduktion wurde ein Teil der Arbeitskräfte in die Arbeitslosigkeit entlassen, während auf der anderen Seite Arbeitskräftemangel herrschte, weil die Arbeitsplätze der Eingezogenen nicht umgehend wieder besetzt werden konnten. Im Ruhrbergbau wurden bei Kriegsbeginn schätzungsweise 100.000 Mann eingezogen, in den Dortmunder Stahlwerken die Hälfte der Belegschaft.

"Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares" am 28.06.1914 in Sarajewo, [Titelseite der Dülmener Zeitung vom 30.06.1914](#)

[Bekanntmachung der kaiserlichen Mobilmachung der Kaiserlichen Armee und Marine des Deutschen Reiches](#) durch den Kommandierenden General des VII. Armeekorps in Münster am 01.08.1914

Kriegsausbruch und Kriegsverlauf aus der Sicht der ehemaligen westfälischen "Kämpfer" - [Auszüge aus dem "Ehrenbuch der Westfalen" \(um 1931\)](#)



Soldatentransport im Bahnhof von Gütersloh, 1914

Das [Gütersloher Tageblatt vom 03.08.1914](#) thematisiert die vermeintliche neue "Einheit aller Deutschen" auf dem Hintergrund chauvinistischer Anfeindungen und berichtet über den Mobilisierungstag in Gütersloh.

Zum Thema "Erster Weltkrieg" bietet das Internet-Portal weitere

■ [Ressourcen](#) an

2. Das VII. Armeekorps - Belagerungszustand und Befehlsgewalt

Das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps in Münster erhielt mit der Verlegung der Truppen und des Generalkommandos an die Front weit reichende Vollmachten in seinem Zuständigkeitsbereich, der sich auf das östliche und nördliche Westfalen, Lippe, das Bergische Land und Teile des Rheinlandes erstreckte. Es befehligte Truppen u.a. an den Standorten Bielefeld, Bückeberg, Detmold, Höxter, Düsseldorf, Kleve, Köln, Krefeld, Lippstadt, Minden, Mülheim, Münster, Paderborn-Schloss Neuhaus und Wesel - der Kommandobereich war also nicht mit dem der Provinz identisch, was mitunter zu Problemen führte. Zu seinen Aufgaben gehören die Aushebungen zum Militärdienst, die Zensur der Presse und anderer Druckerzeugnisse sowie die allgemeine Kriegspropaganda. Zu den vorrangigen Ausgaben gehörten die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln und Brennstoffen bzw. deren Rationierung z.B. durch die Überwachung und Regulierung der Preise. So nahm das stellvertretende Generalkommando während der Kriegsdauer die Funktion einer zivilen Oberbehörde für die preußische Provinz Westfalen und den Regierungsbezirk Düsseldorf ein.

Auch die Fürstentümer Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe unterstellten sich der Befehlsgewalt des stellvertretenden Generalkommandos in Münster. Die südwestfälischen Landkreise Altena, Arnsberg, Brilon, Lüdenscheid, Meschede, Olpe, Siegen und Wittgenstein unterstanden dagegen dem stellvertretenden Generalkommando des XVIII. Armeekorps in Frankfurt. Als kommandierender General des VII. Armeekorps rückte General von Einem mit beginnender Mobilmachung in Richtung Westfront ab und übergab das Kommando in Münster an seinen Stellvertreter. Der stellvertretende kommandierende General war seit Mitte November 1914 General Egon Freiherr v. Gayl, der den schon nach wenigen Kriegswochen als Generalgouverneur nach Brüssel versetzten General v. Bissing ablöste.



General Karl von Einem gen. von Rothmaler (1853-1934), Befehlshaber der 3. Armee an der Westfront im Ersten Weltkrieg, zuvor Kommandierender General des VII. Armeekorps in Münster. Der 1909 berufene Kommandierende General von Einem - zuvor preußischer Kriegsminister - war

während des gesamten Krieges als Oberbefehlshaber der 3. Armee in der Champagne eingesetzt.

■ [Karten zum militärischen Verlauf des Ersten Weltkriegs](#) vom History Department der US-

2.1 Die militärische Bedeutung Westfalens

Während das linksrheinische Gebiet den deutschen Truppen als Aufmarschraum für den Einmarsch in Belgien diente, nutzte die Armee die Verkehrsinfrastruktur in Westfalen, um die Soldatentransporte an die Front zu bringen. Hierbei arbeitete sie eng mit den regionalen Eisenbahndirektionen zusammen, die den Transport koordinierten. Wegen der Nähe zum westlichen Kriegsschauplatz richteten die Militärbehörden mit Unterstützung karitativer Organisationen flächendeckend zahlreiche Lazarette in ganz Westfalen ein. Auf der anderen Seite machte seine geostrategische Lage das rheinisch-westfälische Industriegebiet besonders verwundbar für feindliche Invasionsversuche, die allerdings nie realisiert wurden. Allerdings gab es Pläne und vereinzelt Versuche der Alliierten, Industriebetriebe des Reviers - darunter das Hagener AFA-Werk - aus der Luft anzugreifen.

Das Gros des VII. Armeekorps sammelte sich im Gebiet zwischen Krefeld und Jülich, um dann über Aachen in Richtung Lüttich vorzurücken. Dort nahmen Teile des Korps an der Einnahme der Festung teil.



"Darf Belgien Englands Aufmarschgebiet werden?" - Bildplakat mit der Warnung vor einer englischen Invasion, 1918

2.2 Militärische Einsätze an der Westfront

Das VII. Armeekorps war Teil der 1. Armee, wurde jedoch nicht als geschlossener Verband eingesetzt. Nach der Einnahme Lüttichs verlegten große Teile des Korps in Richtung der Marne, danach weiter zur Lorettohöhe und La Bassée. Westfälische Regimenter nahmen u.a. an Kampfhandlungen bei Neuve Chapelle (1915) und Verdun (Juni 1916) teil.



Gütersloh 1914: Der "erste Verwundetentransport" auf dem Weg zum Elisabeth-Hospital

2.3 Kriegsgefangenenlager in Westfalen

Im Bereich des VII. Armeekorps existierten Lager unterschiedlicher Größe, sowohl für Mannschaften als auch für Offiziere. Gegen Kriegsende waren den westfälischen Lagern nach Angaben der deutschen Militärbehörden insgesamt 284.000 Kriegsgefangene zugeordnet. Westfalen war damit eines der Hauptsammelgebiete für ausländische Kriegsgefangene in Deutschland. Nach Beendigung der Kampfhandlungen dienten die Lager in Münster, Friedrichsfeld (Wesel), Dülmen und der Senne als Heimkehrerlager für ehemalige deutsche Kriegsgefangene.

Nur ein Teil der Gefangenen - zwischen 20 und 25 % - lebte in den Lagern, der große Rest war zu Arbeitseinsätzen abgeordnet. Im Münsterland und anderen ländlichen Regionen wurden die Gefangenen vor allem in die Landwirtschaft geschickt. Ein Einsatz in kriegswichtigen Betrieben verbot sich durch Artikel 6 der Haager Landkriegsordnung. Dieses Verbot wurde mit zunehmender Dauer des Krieges jedoch immer häufiger ignoriert, wie auch Beispiele aus Westfalen belegen. Seit 1916 setzte eine große Nachfrage nach Kriegsgefangenen durch die Rüstungsbetriebe ein. Im Dezember 1916 waren 56.000 Kriegsgefangene im Ruhrgebiets-Bergbau und 30.000 in der Landwirtschaft eingesetzt.

Lager

Gefangene

Dülmen

9.973

Friedrichsfeld (Wesel)

79.161

Holthausen (Kreis Büren)

2.893

Minden

25.240

Münster I

20.947

Münster II

47.911

Münster III

21.086

Senne

75.814

Gütersloh (Offizierslager)

1.398

Werl (Offizierslager)

73



Schon 1915 erschien ein Bildband aus deutscher Perspektive über die Kriegsgefangenen in Deutschland - in mehreren Sprachen für den europäischen Markt verfasst -, hier mit einem Blick in eine Mannschaftsstube des Kriegsgefangenenlagers I in Minden, um 1914/1915

3. Die Versorgungslage - Mit Selbstversorgung gegen den Nahrungsmangel

Viel Kartoffeln - wenig Fleisch. Das waren die Kennzeichen der Ernährungslage, die sich vor allem in der zweiten Kriegshälfte dramatisch verschlechterte. Dabei waren deutliche Unterschiede beim Versorgungsniveau zwischen Stadt und Land zu verzeichnen. Die Gründe lagen nicht nur in der anhaltenden Wirtschaftsblockade der Alliierten, sondern waren zum Teil hausgemacht: Der Austausch zwischen Überschuss- und Bedarfsgebieten funktionierte nur schlecht, sodass insbesondere die Bevölkerung des Ruhrgebiets unter der miserablen Versorgungslage litt. In den großen Städten Westfalens zeichnete sich bereits seit dem Winter 1916/17 eine Unterversorgung des täglichen Kalorienbedarfs ab.

Bild- und Textmaterialien für den Schulunterricht bietet das Themenheft ["Der Erste Weltkrieg in Westfalen - Lebensmittelmangel und Hunger an der 'Heimatfront'"](#) von Anne Roerkohl

Verschärft wurde die Situation einerseits durch die Umlenkung von Lebensmitteln auf den Schwarzmarkt sowie durch die bevorzugte Versorgung von Arbeitern in Rüstungsbetrieben mit Nahrungsmitteln. Dem gegenüber stand ein steigender Grad an Selbstversorgung. Die Zahl der Schrebergärten und anderer privater Anbauflächen nahm ebenso zu wie die private Kleintierhaltung, die die Menschen mit dem Nötigsten versorgte. Unbeliebte Ersatzstoffe sollten anfänglich über den Verzicht auf Konsumgüter hinweg täuschen, hielten aber auch in die tägliche Nahrung Einzug. Kunsthonig, Kaffee-Ersatz und Kartoffelbrot waren nur einige der "Kreationen", die den Speiseplan bereichern sollten, in Wirklichkeit jedoch den sinkenden Nährstoffgehalt der Speisen nicht verhindern konnten.

Die staatliche Zwangswirtschaft bekam die Verteilungsprobleme nie vollständig in den Griff, da sie zu spät einsetzte, halbherzig, improvisiert und ineffizient war. Die Landwirte dagegen beriefen sich auf ihr Recht zur Selbstversorgung und lieferten nicht immer die von ihnen erwarteten Mengen ab. Angesichts von Rationierungen und Preissteigerungen - die Realeinkommen sanken um 20 bis 30 % - wurde Schlangestehen für viele Menschen in Westfalen ebenso zum Alltag wie der regelmäßige Gang in die Kriegsküchen. Im Landkreis Bielefeld wurden im Februar 1917 täglich 4.500 Portionen, in der Stadt Herford 1.200 Mahlzeiten ausgegeben.



Volksküche in Lüdenscheid

In Form von ["Leitsätzen"](#) wurden im Regierungsbezirk Arnsberg Materialien eingesetzt, um die Zivilbevölkerung "über Volksernährungsfragen" zu informieren

4. Front und "Heimatfront"

Obwohl der Krieg Hunderte von Kilometern entfernt geführt wurde, fühlten sich die Menschen an Lippe, Ems und Ruhr unmittelbar in das Kriegsgeschehen einbezogen. Wie in allen kriegsführenden Staaten setzte in den ersten Augusttagen eine fremdenfeindliche Agentenphobie ein. Ungewöhnliche Beobachtungen brachte man mit vermeintlicher Spionagetätigkeit in Verbindung. So wurden bei Lüdenscheid mehrere Frauen in einem Auto attackiert, weil man sie für russische Agentinnen hielt. Es kam zu zahllosen kurzfristigen Festnahmen, dazu zählen auch die offenen Diskriminierungen und Verhaftungen von polnischen Einwanderern im Ruhrgebiet. Die so genannte "Heimatfront" fühlte sich berufen, die kämpfenden Soldaten an der Front aktiv zu unterstützen - einerseits moralisch,

andererseits materiell durch die Aufrechterhaltung der Kriegsproduktion. Die zensierte Presse bot ein feldgraues Bild, das über die militärischen Erfolge der Deutschen Auskunft gab - und nachteilige Meldungen unterdrückte. Die einzige Kontaktmöglichkeit zwischen den Frontsoldaten und ihren Familien bestand - abgesehen von kurzen Heimaturlauben - in Feldpostbriefen, die zu Millionen verschickt wurden. Allerdings unterlagen auch sie einer militärischen Zensur, der Schilderungen militärischer Operationen oder Stimmungsberichte zum Opfer fallen konnten.



"An euch in der Heimat! An euch an der Front!" - Bildplakat des Stellvertretenden Generalkommandos in Münster mit dem Aufruf zur Steigerung der Rüstungsproduktion, 1917

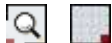
4.1 Propaganda und Durchhalteparolen

Zur Finanzierung des Krieges und zur moralischen Unterstützung seitens der "Heimatfront" wurden in vielen deutschen Städten auf markanten Plätzen Kriegswahrzeichen aufgestellt. In Gestalt mittelalterlicher Ritter (Roland) sollten sie deutsche Wehrhaftigkeit symbolisieren und gleichzeitig zur Finanzierung des Krieges beitragen: Für eine Geldspende konnte man einen Nagel in die Monumente einschlagen und so seinen persönlichen Beitrag zur Kriegsführung leisten. In Bielefeld stand ein "Eiserner Wehrmann", in Hamm war es der Stadtgründer Graf Adolf, in Dortmund eine Reinoldus-Figur, in Hagen ein Eiserner Schmied, und in Gütersloh konnte man Nägel in einen hölzernen Adler auf einer Säule schlagen.

Eine zentrale Rolle bei der moralischen Stärkung der "Heimatfront" spielten die Professoren der damals einzigen Universität Westfalens in Münster. Regelmäßig hielten sie öffentliche Vorträge im Sinne annexionistischer Propaganda. Münsteraner Professoren beteiligten sich aktiv an der Kriegszieldiskussion und machten Westfalen - in enger Zusammenarbeit mit Industriellen des Ruhrgebietes - zu einem wichtigen Zentrum deutschnationaler Annexionspropaganda. Die auf Ausgleich abzielende gemäßigte Friedensresolution des Reichstags vom 19.07.1917 - unterstützt von der MSPD, der liberalen Fortschrittspartei und dem katholischen Zentrum - stieß in Westfalen auf ausgesprochen geringe Resonanz.



Feldpostkarte nach Münster, 1917



Geld für den Krieg: Gegen eine Kriegsspende konnten Nägel in patriotische Symbole - z.B. Eiserne Kreuze, mit Adlern bekrönte Säulen wie hier auf dem Marktplatz in Gütersloh - geschlagen werden

4.2 Kriegsanleihen und -spenden

Während die Menschen auf eine ausgewogene Ernährung verzichten mussten, sollten sie darüber hinaus ihren materiellen Anteil zur Kriegsführung leisten: Mit öffentlichen Metallsammlungen versuchte das Deutsche Reich, der Rohstoffknappheit zu begegnen. Diese Sammlungen machten auch nicht vor den Kirchenglocken Halt, die eingeschmolzen und zu Kanonen verarbeitet wurden. Zur Finanzierung des Krieges legte das Deutsche Reich insgesamt neun Kriegsanleihen auf, von denen die ersten in Erwartung eines günstigen Kriegsausgangs bereitwillig gezeichnet wurden - die später aufgelegten Kriegsanleihen erreichten jedoch nur bedingt die finanziellen Ziele.

4.3 Rollenwandel und Arbeitseinsätze

Einem grundlegenden Wandel war die Rolle der Frau unterworfen. Viele Ehefrauen mussten ihre Familien allein ernähren, während die Männer an der Front waren. Zwar erhielten sie in der Regel ein Viertel des Lohnes ihrer Männer und wurden von Kommunen und Fürsorgevereinen unterstützt, doch waren viele fortan auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen. Gleichzeitig wuchs der Bedarf an Arbeitskräften, sodass sich der Anteil der erwerbstätigen Frauen in der westfälischen Industrie - allerdings mit deutlichen regionalen Unterschieden - zwischen 1914 und 1916 von 9 auf 19 % erhöhte.

Die Ausweitung des zivilen Arbeitseinsatzes im Deutschen Reich regelte seit Dezember 1916 das

Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, mit dem die deutsche Regierung weitere Reserven unter den männlichen Zivilisten mobilisieren wollte. Dem allgemeinen Arbeitskräftemangel konnte man damit nicht vollständig begegnen. So wurde beispielsweise knapp die Hälfte der Dortmunder Stahlarbeiter zum Militärdienst eingezogen; bei Kriegsbeginn betraf dies im gesamten Ruhrgebiet darüber hinaus 100.000 Bergleute. Anstelle der Einberufenen setzten die deutschen Behörden für leichtere Arbeiten männliche Jugendliche, für schwere körperliche Tätigkeiten ausländische Kriegsgefangene und belgische Zivilarbeiter ein. Diese waren anfangs freiwillig angeworben und später im Zuge von Deportationen zwangsweise aus Belgien nach Westfalen gelangt.

▣ [Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst](#) vom 05.12.1916: "[...] § 1 Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahre ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet." Unter Leitung des preußischen Kriegsministeriums wurden die Männer in Behörden, in der Kriegsindustrie, in Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege und anderen kriegswirtschaftlichen Organisationen eingesetzt.]

4.4 Proteste, Streiks und Unruhen

Aufgrund der stetig sinkenden Lebensmittelrationen und der allgemein schlechten Versorgungslage kam es im August 1916 zu ersten spontanen Unruhen in verschiedenen westfälischen Städten wie beispielsweise Recklinghausen, Gelsenkirchen und Dortmund, wo sich ein Bergarbeiterstreik anschloss. Der stellvertretende Generalkommandeur reagierte einstweilen moderat, um die Unruhen nicht noch anzufachen und um die Bergarbeiter nicht zusätzlich zu radikalisieren. Unter dem Eindruck der weiteren Verschlechterung der Versorgungslage kam es auch im Winter 1917 zu verschiedenen, teilweise wilden Streiks. Ausgehend von der Firma Krupp in Essen beteiligten sich rund 75.000 bis 100.000 Arbeiter an einer Streikwelle, die die westfälische Montanregion in den Monaten Februar und März 1917 erfasste. Schließlich standen nicht nur Fragen der Versorgung auf der Agenda. Immer häufiger erhoben die Streikenden politische Forderungen wie die Abschaffung des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts. Auch die große Streikbewegung vom Januar 1918 erreichte das Ruhrgebiet, was zu erheblichen politischen Unruhen über das gesamte Frühjahr 1918 hinweg führte.

▣ [Immediatbericht des Regierungspräsidenten zu Münster, Graf von Merveldt, an den Kaiser](#), u.a. über die "Volksstimmung" und Streikbewegungen vom 28.04.1918

5. Kriegsende und Novemberrevolution 1918

Nach der erfolglosen deutschen Frühjahrsoffensive an der Westfront und angesichts der allgemein schlechten Versorgungslage nahm die Kriegsmüdigkeit sowohl bei den Truppen als auch in der Bevölkerung deutlich zu. Als im November 1918 die Matrosen in Kiel meuterten, war von

revolutionären Aktionen in Westfalen jedoch nicht viel zu bemerken. Gleichwohl bereitete sich das stellvertretende Generalkommando in der Zeit zwischen dem 5. und 8. November auf politische Unruhen vor und verstärkte allorts die Militärpatrouillen. Gespannte Erwartung kennzeichnete die Lage, als die ersten revolutionären Matrosen an den Bahnhöfen westfälischer Städte eintrafen. Doch außer verschiedenen Meutereien in Kasernen war von der Revolution nicht viel mehr als eine gespannte Atmosphäre auf den Straßen zu spüren.

Im Zuge der Demobilmachung durchquerten die deutschen Truppen von der Westfront weite Teile Westfalens bzw. wurden bei ihren westfälischen Stammeinheiten außer Dienst gestellt. Der plötzliche Zuzug von Tausenden von Soldaten stellte die westfälischen Kommunen um die Jahreswende 1918/1919 vor erhebliche Wohnungsprobleme und Versorgungsschwierigkeiten.

▣ [Extraausgabe des Vorwärts vom 09.11.1918](#): "Der Kaiser hat abgedankt"

5.1 Die Rätebewegung bleibt gemäßigt

Die Rätebewegung gewann in Westfalen nur langsam an Dynamik. Arbeiter- und Soldatenräte nach Kieler und Berliner Vorbild wurden am 8. November in Haltern und im Rheinland gegründet. Danach bildeten sich nahezu flächendeckend Rätestrukturen in Städten und auf dem Land heraus. Von revolutionär-sozialistischen Idealen waren die Räte oft weit entfernt. Zwar konfiszierten revolutionäre Soldaten in Bielefeld die Waffen von Offizieren und besetzten den Bahnhof, doch weitergehende Umsturzversuche waren nicht zu verzeichnen. Selbst in den Städten des westfälischen Ruhrgebiets konnte sich die MSPD gegenüber radikaleren sozialistischen Kräften durchsetzen. Das stellvertretende Generalkommando initiierte sogar selbst die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrats, um "besonnene" bzw. gemäßigte Kräfte zu stärken. Diese kooperierten gezielt mit dem alten Verwaltungsapparat, um einen Kompetenzvorsprung zu erzielen und linksextreme Kräfte abzuwehren. Ein revolutionäres politisches Programm vertraten die westfälischen Räte jedenfalls nicht. Viel mehr ging es um eine übergreifende Zusammenarbeit der gemäßigten Sozialdemokraten mit dem Bürgertum, um ein Abgleiten der Revolution nach links zu verhindern. Unter Leitung von Carl Severing entstand in Gütersloh ein "Volksrat", der auch das Bürgertum integrierte und gegenüber der Verwaltung eine Kontrollfunktion ausübte, sich jedoch größtenteils passiv verhielt. Parallel dazu formierten sich die bürgerlichen Kräfte, die sich politisch abwartend zeigten, in den Demobilmachungsausschüssen. Diese arbeiteten ebenfalls eng mit den lokalen Verwaltungen zusammen.

Nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November kamen massive Herausforderungen bei der Demobilmachung der heimkehrenden Truppen hinzu. In den ländlichen Regionen Westfalens verhielten sich die dort gebildeten Bauern- und Landarbeiterräte weitgehend passiv und blieben bedeutungslos. Am 12.11.1918 konstituierte sich für den Bereich des VII. Armeekorps der Generalsoldatenrat, der am 13. November seine Arbeit aufnahm. Zu den vorrangigen Aufgaben der Räte gehörte die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und die Versorgung der Bevölkerung. Gegen Ende des Monats November hatten die Räte überall im Reich einen Großteil ihrer Autorität eingebüßt.

[☐ Aufruf der Preußischen Regierung an das "preußische Volk" vom 13.11.1918](#)

6. Literatur

6.1 Allgemeine Geschichte

Chickering, Roger

Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg. München 2002.

Grevelhörster, Ludger

Der Erste Weltkrieg und das Ende des Kaiserreiches. Münster 2004.

Hagemann, Karen / Schüler-Springorum, Stefanie (Hg.)

Heimat - Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege. Reihe "Geschichte und Geschlechter", Bd. 35. Frankfurt a. M. 2002.

Hinz, Uta

Gefangen im großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914-1921. Essen 2006

Hirschfeld, Gerhard u.a. (Hg.)

Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, (NF) Bd. 5. Essen 1997.

Hirschfeld, Gerhard / Krumeich, Gerd / Renz, Irina (Hg.)

Enzyklopädie Erster Weltkrieg. 2., durchges. Aufl. Paderborn 2004.

Mommsen, Wolfgang J.

Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters. Frankfurt a. M. 2004.

Mommsen, Wolfgang J.

Die Urkatastrophe Deutschlands. Der erste Weltkrieg 1914-1918. Handbuch der deutschen Geschichte 17. Stuttgart 2002.

Mosse, George L.

Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit. Frankfurt a. M. 1997.

Ulrich, Bernd / Ziemann, Benjamin (Hg.)

Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Wahn und Wirklichkeit. Frankfurt a. M. 1994.

6.2 Westfälische Geschichte

Abelshäuser, Werner / Himmelmann, Ralf (Hg.)

Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918-1923. Essen 1988.

Eine sozialgeschichtlich angelegte Analyse, die insbesondere auf die Rätebewegung und die Novemberrevolution eingeht.

Kohl, Wilhelm (Hg.)

Westfälische Geschichte. Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Politik, Kultur. Düsseldorf 1983.

Zwar steht der Erste Weltkrieg nicht im Mittelpunkt dieser Gesamtdarstellung, doch ermöglicht der Band einen fundierten Überblick über die sozialen und politischen Entwicklungen in Westfalen. Entspricht teilweise nicht mehr dem aktuellen Forschungsstand.

Krüger, Gerd

"Treudeutsch allewege!". Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887-1929/30). Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster, (NF) Bd. 16: Ser. B, Monographien, Nr. 3. Münster 1992. Münster 1992.

Ein Überblick und eine Analyse der rechten Gruppierungen in Münster, das sich spätestens in der Weimarer Republik zu einem westfälischen Zentrum dieser Bewegungen entwickelte. Zwischen 1914 und 1918 spielte vor allem die "vaterländische" Propaganda eine erhebliche Rolle.

Niebur, Hermann [Bearb.] / Ruppert, Andreas [Bearb.] / Albertin, Lothar [Mitarb.]

Krieg, Revolution, Republik, Detmold 1914-1933. Dokumentation eines Stadtgeschichte-Projekts. Bielefeld 2006.

Pöppinghege, Rainer

Leben im Lager. Die Kriegsgefangenen-Zeitschrift "L' Echo du Camp de Rennbahn" als sozialgeschichtliche Quelle, in: Westfälische Zeitschrift 149 (1999), S. 195-207.

Roerkohl, Anne

Hungerblockade und "Heimatfront". Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges. Studien zur Geschichte des Alltags, Bd. 10. Stuttgart 1991.

Das Buch widmet sich den mittelbaren Auswirkungen des Kriegs in Westfalen. Es bietet neben einem umfassenden Überblick über die Versorgungssituation auch statistisches Material in Tabellenform.

Schrumpf, Wolf-Rüdiger

Territoriale Kommandogewalt und zivile Verwaltungskompetenz im 1. Weltkrieg. Konsens, Kooperation, Konflikt; eine Studie über die Aktivitäten des stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps und der Mittelbehörden der Provinz Westfalen bei der Versorgung der Zivilbevölkerung. Münster 1995.

Der Autor bietet einen Überblick über die Zuständigkeiten und Kompetenzen des stellvertretenden Generalkommandos, das im Wesentlichen für den Raum Westfalen die militärische und zivile Verantwortung zu Kriegszeiten übernahm. Dabei steht die Frage von Konflikt und Kooperation mit Zivilbehörden im Mittelpunkt.

Veddeler, Peter

Erster Weltkrieg und Revolution (1914-1919). Geschichte original - am Beispiel der Stadt Münster, Mappe 14. Münster 1986.

Bd. 14 der Sammelmappen-Reihe enthält Dokumente und Bildmaterial zur Geschichte der Stadt Münster im Ersten Weltkrieg, zusätzlich einen Begleittext, der die Materialien in ihren historischen Kontext einordnet.

■ Aufrufe gesamt: 13358 ■ **Aufrufe im aktuellen Monat: 147**

■ Seiten-URL: <http://www.westfaelische-geschichte.de/web38>